



Newsletter

Christian Piwarz

Sommer 2014

„Jobmotor Dresden – Wirtschaft und Arbeit in Sachsen“

Am 17. April fand die Veranstaltung „Jobmotor in Dresden – Wirtschaft und Arbeit in Sachsen“ im Autohaus Glöckner statt. Im Beisein von unserem Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich und dem Innenminister Markus Ulbig wurde mit rund 150 Gästen über die wirtschaftliche Situation und Entwicklung in Sachsen bis in den frühen Abend diskutiert.

Die aktuelle wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen zeigt, dass sächsische Wirtschaft vor allem mittelständisch geprägt ist. Sie sichern in hohem Maße Beschäftigung und Ausbildung. 70 Prozent der sächsischen Arbeitsplätze befinden sich außerhalb der Ballungszentren, 30 Prozent innerhalb der großen Städte. Erfolgsgeschichten wie die von Novaled sprechen für sich und zeigen, dass der Mittelstand der Motor der sächsischen Wirtschaft ist.

Für die gute wirtschaftliche Entwicklung bildet das sächsische Bildungssystem eine wichtige Grundlage. Der aller drei Jahre stattfindende PISA-Test (2012) hat deutlich gemacht, dass Sachsen ein Bildungsland ersten Ranges ist. Mit Platz 2 im Vergleich zu den anderen Bundesländern haben Sachsens Schüler gezeigt, dass sie auch international mithalten können. Bildung ist eine Investition in die Zukunft. 1990 startete der Freistaat mit gleichen Voraussetzungen wie die anderen neuen Bundesländer. Heute steht Sachsen mit seinem klar strukturierten und dennoch vielfältigen Schulsystem mit an der Spitze der Bundesrepublik. Seit 1990 hat der Freistaat mittelständische Unternehmen dauerhaft mit der Ausbildung von geeignetem Fachpersonal – wie Ingenieure – unterstützt. Das gute Bildungssystem und die enge Anbindung an die Wirtschaft zeigen sich beispielsweise an der HTWK, wo eine praxisnahe Ausbildung und hervorragende Forschung im Ingenieurbereich ermöglicht wird. Außerdem sind seither Forschungsgesellschaften wie das Fraunhofer-Institut, Max-Planck-Gesellschaft oder das Leibniz-Institut im Freistaat entstanden.

Seit 2006 sind Einnahmen und Ausgaben im sächsischen Landeshaushalt ausgeglichen und es werden keine neuen Schulden aufgenommen. Sinkende Schulden und ein nachhaltiger Haushalt bedeuten, dass sich die Sachsen darauf verlassen können, dass sich der Freistaat auch künftig die hohen Standards wie beispielsweise in Kindergärten, Schulen, Hochschulen, der Inneren Sicherheit und beim Umweltschutz leisten kann. Damit bleibt Sachsen auch weiterhin ein attraktiver und innovativer Ort für neue Unternehmen.



Die zukünftigen Herausforderungen für die Gäste lagen klar auf der Hand. Ziel muss es sein, das sächsische Handwerk weiter zu stärken, damit Made in Germany die Billigkonkurrenten aus dem Ausland verdrängen kann. Außerdem muss die infrastrukturelle Anbindung der Landeshauptstadt gestärkt werden. Mit dem Ausbau der Bahnverbindung nach Berlin könnte das Kongresswesen in Dresden unterstützt werden. Zudem ist die berufliche Weiterbildungen zu gering und die Studienabbrecherquoten an Universitäten zu hoch. Im Bereich der universitären Forschung muss der Freistaat enger mit dem Bundestag und Europa zusammenarbeiten, um mehr Geld aus Europa nach Sachsen zu holen.

In der Diskussion mit den Gästen wurde über das Fehlen von Fachkräften in der Wirtschaft und der Forschung gesprochen. Dabei wurde deutlich das ausländische Fachkräfte keine generelle Lösung für fehlendes Fachpersonal in der sächsischen Wirtschaft sind, sondern im eigenen Land mehr Personal ausgebildet und die Löhne attraktiver gestaltet werden müssen. Außerdem wurde das Renteneintrittsalter mit 63 thematisiert. Die Diskussion dazu machte deutlich, dass es nicht sinnvoll sei generell mit 63 Jahren in Rente zu gehen, da es große Unterschiede in den jeweiligen Branchen gibt. So müsse man unterscheiden, ob ein Angestellter in der Dienstleistung oder im Baugewerbe tätig ist. Zum Thema Mindestlohn äußerten sich die Podiumsteilnehmer kritisch. Ein flächendeckender Mindestlohn, ohne Beachtung der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Branche, gefährdet Tausende Arbeitsplätze, besonders in Sachsen. Faire Löhne können nur starke Sozialpartner verhandeln – und nicht der Staat festlegen.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden

Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 451 031 55 20

www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Neues aus dem Landtag

Verwaltung und Justiz in Sachsen weiter modernisieren

Die 96. Plenarsitzung des Sächsischen Landtags begann mit einer Fachregierungserklärung von Staatsminister Jürgen Martens zum Thema: „Für ein starkes Sachsen – Staat modernisieren, Bürokratie abbauen“. Dieser zog eine erste Bilanz zu den Aktivitäten in Sachen Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau.

Mit dem Gesetz zur Neuordnung von Standorten der Verwaltung und der Justiz hat Sachsen das flächendeckende Angebot von Verwaltungsdiensten an die zukünftigen Bedürfnisse der Bevölkerung und des Landes angepasst. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Die Umsetzung und deren Wirksamkeit müssen stetig überprüft werden.

Bis 2020 sollen Verwaltung und Justiz Bürokratie weiter abbauen, beispielsweise in dem Normen gestrafft oder abgeschafft werden, um das alltägliche Leben der Bürger und von Unternehmen zu vereinfachen. In den vergangenen Jahren konnte die Zahl staatlicher Vorschriften von mehr als 2.800 auf gut 2.000 reduziert werden. Mit moderner Technik soll die zeitgemäße Kommunikation mit den Bürgern und Bürgerinnen verbessert werden. Außerdem sollen die Arbeit der Sächsischen Verwaltung und Justiz stärker überprüft werden, um die Leistungsfähigkeit des Freistaates zu erhöhen.

In der Debatte betonte die CDU-Fraktion, dass der Freistaat Sachsen eine fachlich starke, motivierte und effizient arbeitende Verwaltung und Justiz auch in Zukunft braucht. Dies war ein wichtiger Standortfaktor für die positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Freistaates in den vergangenen 24 Jahren und wird es auch bleiben. Deshalb müssen insbesondere auch künftig kompetente, motivierte und verlässliche Mitarbeiter für den öffentlichen Dienst gewonnen werden.

Konsequenter Drogenbekämpfung im Freistaat

In der aktuellen Debatte „Prävention, Beratung, Repression – Droge Crystal konsequent bekämpfen“ haben die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP der Modedroge Crystal entschieden den Kampf angesagt.

Dabei betonte die CDU-Fraktion, dass im Kampf gegen die Droge Crystal ein Gesamtkonzept nötig ist und begrüßte den Maßnahmenkatalog der Staatsregierung. Durch eine Verbesserung der Aufklärung über Medien, Internet und Schulen, eine schnellere und kompetentere Beratung und Behandlung der Drogenabhängigen sowie eine noch konsequenteren Verfolgung und Bestrafung der Dealer durch die Polizei und die Justiz kann der Drogenkonsum effektiver eingeschränkt werden.

Der Kampf gegen die extrem gefährliche Droge Crystal kann dabei nicht nur durch die Polizei und Justiz geführt werden. Die Vollzugsbehörden brauchen bei der Bekämpfung die Unterstützung der Politik, von Schulen, von medizinischen und soziale Einrichtungen sowie von Elternhäusern. Die Ankündigung der Sächsischen Staatsregierung, den Suchtberatungsstellen 1,4 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen, begrüßte die CDU-Fraktion.

Situation von Opfern der SED-Diktatur verbessern

Mit dem gemeinsamen Antrag „Verbesserung der Situation von Opfern der SED-Diktatur“ haben sich die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP für eine bessere Entschädigung der Opfer der SED-Diktatur ausgesprochen. Dabei sollen die bestehenden Regelungen überprüfen und bisher nicht erfasste Opfergruppen rehabilitieren und entschädigen. Mit einer Vereinfachung und Evaluierung der Entschädigungsverfahren sollen die Entschädigungsleistungen verbessert und beschleunigt werden.

Für die CDU-Fraktion ist es wichtig, den Menschen, die als Kinder und Jugendliche in DDR-Heimen untergebracht waren und die heute unter den Folgeschäden leiden, bestmögliche Entschädigungsleistungen zukommen zu lassen. Falls nötig sollte dabei der Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ aufgestockt werden. Auch soll die Möglichkeit der Antragstellung bis zum 31.12.2025 verlängert werden.

Medizinische Versorgungszentren in Sachsen besser nutzen

Am zweiten Plenartag haben sich die Koalitionsfraktionen mit dem gemeinsamen Antrag „Potenziale von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) für die ambulante Versorgung nutzen“ für die Verbesserung der Situation der Medizinischen Versorgungszentren im Freistaat Sachsen eingesetzt.

Die Medizinischen Versorgungszentren sind einer der Grundpfeiler des sächsischen Gesundheitssystems und stellen die ärztliche Betreuung der Patienten sicher. Sie schaffen moderne, flexible Versorgungsstrukturen und verlässliche Rahmenbedingungen in der ärztlichen Versorgung. Dennoch müssen Niederlassungs- und Gründungshemmnisse abgebaut werden, um die ärztlichen Versorgungsstrukturen im Freistaat Sachsen weiter zu stärken.

Durch den gemeinsamen Antrag soll die Staatsregierung über die aktuelle Entwicklung der Medizinischen Versorgungszentren in den vergangenen 10 Jahren berichten und Verbesserungspotentiale aufzeigen. Dabei soll die Anzahl und Größe der Medizinischen Versorgungszentren, die regionale Verteilung und die fachliche Ausrichtungen, die Effekte der Versor-



gung für die Patienten, die Chancen für das medizinische und nicht-medizinische Personal und die Bedeutung für die heutige Versorgungssituation im Freistaat Sachsen dargestellt werden.

Juni 2014

Starke Wirtschaft für ein lebenswertes Sachsen

Der erste Plenartag begann mit einer Fachregierungserklärung zum Thema „Starke Wirtschaft für ein starkes und lebenswertes Sachsen“. In der Diskussion zogen die Koalitionsfraktionen eine positive Bilanz der vergangenen 25 Jahre der sächsischen Wirtschaft. Sie ist seit 1990 stark gewachsen und liegt im Vergleich zu anderen Bundesländern auf Platz 2 in Deutschland. Mit 8,8 Prozent hat Sachsen die geringste Arbeitslosenquote seit 1990. Die sächsische Wirtschaft setzt dabei vor allem auf den Mittelstand. 99,9 Prozent aller sächsischen Betriebe gehören ihm an und vier von fünf Arbeitnehmern sind in mittelständischen Unternehmen beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 1990 und die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze war in Sachsen noch nie so hoch wie jetzt.



Sächsischer Landtag: Erik Donner

In der Diskussion betonte die CDU-Fraktion, dass die wirtschaftliche Zukunft Sachsens, als Land der Erfinder und Ingenieursmiede Deutschlands, durch Innovationen und Investitionen bestimmt wird. Nur mit Neugier und Offenheit für Innovationen wird Sachsen im internationalen Wettbewerb bestehen können. Entscheidend dabei ist die schnelle Überführung von Forschungsergebnissen in die industrielle Produktion.

Sachsen braucht dabei auch zukünftig Unternehmen, die in Forschung und Entwicklung investieren. Insbesondere die Innovationskompetenzen kleiner und mittlerer Unternehmen muss weiter verbessert werden. Mittelständische Unternehmen haben oft Schwierigkeiten, die Finanzierung von Forschung und Entwicklung sicherzustellen. Die CDU-Fraktion will sich hier für ein breites Angebot der Innovationsförderung und eine steuerliche Förderung für Forschung und Entwicklung auf Bundesebene einsetzen.

Neuer Gedenktag für Heimatvertriebene

Mit dem gemeinsamen Antrag haben die Fraktionen von CDU und FDP einen Gedenktag für Heimatvertriebene in Sachsen eingeführt. An jedem zweiten Sonntag im September soll an die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung erinnert werden.

In der Debatte erinnerte die CDU-Fraktion an Leid, Elend und Unrecht durch die Vertreibung. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 kamen mehr als 780.000 Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach Sachsen. Heute ist fast jeder vierte familiär mit dem Thema Flucht und Vertreibung verbunden. Die Flüchtlinge bauten die zerstörten gesellschaftlichen Strukturen nach dem Krieg mit auf und prägen die Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur Sachsens bis heute.

Für die CDU-Fraktion ist das Schicksal der Heimatvertriebenen und Aussiedler, vor allem dessen Aufarbeitung und Würdigung, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit dem Gedenktag soll das Interesse der Jugend für die Geschichte, die Traditionen und die Kultur der Heimatvertriebenen geweckt und der Austausch zwischen den Betroffenen und der jungen Generation verbessert werden. Für diese Arbeit, die vor allem im Zeichen der Aussöhnung steht, stellt Sachsen jährlich 240.000 Euro zur Verfügung.

Zukünftige Tourismusstrategie

Mit dem gemeinsamen Antrag „Tourismusstrategie 2020 – Zwischenbilanz und Ausblick“ wollen die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP eine erste Zwischenbilanz der eingeleiteten Maßnahmen zur Entwicklung und Stärkung des sächsischen Tourismus ziehen und weitere strategische Ansätze mit der Öffentlichkeit diskutieren.

Tourismus ist in Sachsen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mit über sieben Milliarden Euro Umsatz schaffen Übernachtungen und Tagesreisen mehr als 217.000 Arbeitsplätze im Freistaat Sachsen. Das wirtschaftliche Wachstum ist dem Trend des Städte- und Kulturtourismus sowie der kulturellen Anziehungskraft von Dresden und Leipzig anzurechnen.

Durch die sächsische Tourismusstrategie 2020 sollen wichtige Impulse für die kulturelle Entwicklung, den Tourismus und die Wirtschaft für die kommenden Jahre gesetzt werden. Vor allem sollen die Radtouren des SachsenNetz Rad weiter ausgebaut, das Reitwegenetz weiterentwickelt, das Angebot öffentlicher WLAN-Zugänge an touristischen Schwerpunkten weiter verbessert und die Informationsangebote über touristische Einrichtungen in Sachsen weiter ausgebaut werden.

Juli 2014

Bilanz – Sachsen auf solidem Fundament

Der erste Plenartag begann mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema „Auf solidem Fundament erfolgreich für Sachsens Zukunft“. In seiner Rede zog Stanislaw Tillich eine positive Bilanz der Regierungsarbeit.

Die wirtschaftliche Lage in Sachsen hat sich positiv entwickelt. Das Bruttoinlandsprodukt des Freistaat Sachsen ist um fast 14 Prozent gestiegen. Mit 24.226 Euro je Einwohner liegt Sachsen auf Platz eins der ostdeutschen Bundesländer. 1,9 Prozent wirtschaftliches Wachstum für 2014 und 2,1 Prozent für 2015 zeigen, dass der Freistaat Sachsen auf dem richtigen Weg ist und nachhaltig handelt. Die Investitionsquote lag in den vergangenen fünf Jahren zwischen 18 und 22 Prozent. Mit 18,7 Prozent war sie 2013 doppelt so hoch wie der Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer.

Sachsen hält auch weiterhin am bestehenden Bildungssystem fest und hat in den letzten fünf Jahren dafür Sorge getragen, dass auch zukünftig eine hohe Bildungsqualität ermöglicht wird. Beispielsweise wurde die Zahl der Lehramtsstudienplätze für Erstsemester verdoppelt, ein Stipendienprogramm für Lehramtsstudenten aufgelegt und die Bezahlung der Grund- und Oberschullehrer verbessert. Außerdem will Sachsen jedes Jahr mindestens 1000 neue Lehrer einstellen.

Auch die Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist für die Zukunft gut gerüstet. Die TU Dresden wurde 2012 zur Exzellenzuniversität. Gemeinsam mit der TU Chemnitz können so 119 Millionen Euro für das Exzellenzcluster gewonnen werden. Unterstützt wird dieses Programm von der Staatsregierung mit einem Bauprogramm von rund 240 Millionen Euro. Diese Investitionen wurden seit 2007 von der Landesexzellenzinitiative begleitet. Insgesamt flossen seit 2009 knapp eine Milliarde Euro in den Ausbau der Wissenschafts- und Forschungslandschaft Sachsens. Noch nie hat der Freistaat mehr Geld für die sächsischen Hochschulen ausgegeben als heute. Mit dieser finanziellen Ausstattung haben wir zukünftig eine exzellente Wissenschafts- und Forschungslandschaft, die im internationalen Wettbewerb bestehen kann.

Sachsen hat sich auch deshalb positiv entwickelt, weil immer

mehr Menschen Arbeit haben und es gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder gibt. 96 Prozent der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen bieten Ganztagsangebote an, die von über 70 Prozent der Schüler genutzt werden. 47 Prozent der Kinder unter drei und 96 Prozent der Kinder über drei Jahren sind in der Kindertagesstätte. Durch die hervorragenden Betreuungsmöglichkeiten können die Menschen in unserem Land gut leben und einer Beschäftigung nachgehen. Insgesamt sind seit 2009 knapp 80.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in Sachsen hinzugekommen.

Auch der Hochwasserschutz konnte wesentlich verbessert werden. Flutschutzmaßnahmen in Dresden an der Weißeritz und in der Altstadt sind beispielgebend. Außerdem wurde die Zusammenarbeit zwischen Tschechien und Sachsen verbessert. Das Hochwasser 2013 hat gezeigt, dass viele Maßnahmen Wirkung haben.



Sächsischer Landtag: Geo Loge

Zum kommenden Haushaltsentwurf 2015/ 2016 hatte sich der Ministerpräsident ebenso geäußert. Der kommende Haushaltsentwurf sieht vor:

- für 2015 und 2016 ein Volumen von jeweils rund 17 Milliarden Euro,
- beide Haushalte werden erneut ohne neue Schulden auskommen,
- Bildung und Forschung erhalten so viel wie noch nie: 2015 sind es 5,235 Milliarden Euro und 2016 sogar 5,264 Milliarden Euro,
- die Kommunen erhalten jedes Jahr Zuweisungen von 5,6 Milliarden Euro. Aus dem Finanzausgleichsgesetz sind es jährlich 3 Milliarden Euro und aus Förderprogrammen und Zuweisungen aus dem Haushalt 2,6 Milliarden Euro,
- die Schuldenbremse wird ohne Abstriche für die Kommunen eingehalten,
- im Haushalt ist für 2015 eine Investitionsquote von 17,4 Prozent und für 2016 von 16,5 Prozent vorgesehen,
- zusammen mit den Investitionen nach dem Hochwasser 2013 ergibt sich eine Quote von 20,2 Prozent für 2015 und von 19 Prozent für 2016,
- der Haushalt wird für kommende Pensionslasten Vorsorge treffen und es werden jeweils 500 Millionen Euro in den Generationenfonds eingezahlt und
- Altschulden werden weiter jährlich mit 75 Millionen Euro getilgt.

Feuerwehren in Sachsen voranbringen

In der aktuellen Debatte „Für leistungsfähige Feuerwehren in Sachsen – Professionalität stärken, Ehrenamt unterstützen“ hat sich die CDU-Fraktion für das Engagement der Feuerwehren im Freistaat Sachsen bedankt und sich für die Vorschläge des Abschlussberichtes der Arbeitsgruppe „Freiwillige Feuerwehren Sachsen 2020“ zur Verbesserung der Arbeit der sächsischen Feuerwehren ausgesprochen.

Der Abschlussbericht macht deutlich, dass eine bessere Würdigung der ehrenamtlichen Feuerwehrarbeit, Freistellungsregelungen gegenüber Arbeitgebern und die Unterstützung von Jugendfeuerwehren zur besseren Nachwuchsgewinnung nötig sind. Außerdem muss die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit verbessert werden, um dem demographischen Wandel in Sachsen aktiv entgegen zu treten.

Knapp 47.000 Feuerwehrleute leisten täglich ihren Dienst in Sachsen. Der Dienst fordert Zeit, Nerven, Verständnis von Familie, Freunden und Verwandten, Einsatz- und Opferbereitschaft. Meist ehrenamtlich tätig übernehmen die Feuerwehrleute täglich Verantwortung und geben volle Einsatzbereitschaft im Kampf gegen Katastrophen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion gilt es die Vorschläge der Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem Innenministerium und den Kommunen so schnell wie möglich umzusetzen, um die Arbeit der Feuerwehren im Freistaat Sachsen nachhaltig zu unterstützen.

Die Arbeitsgruppe „Freiwillige Feuerwehren Sachsen 2020“ wurde vom Sächsische Staatsministerium des Innern, dem Landesfeuerwehrverband Sachsen e. V., dem Sächsische Städte- und Gemeindetag, dem Sächsische Landkreistag, der Landesfeuerweherschule und dem Fraunhofer Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme IVI eingerichtet. Im Juli 2014 hat die Arbeitsgruppe ihren Abschlussbericht vorgelegt (Link: http://feuerwehr.sachsen.de/download/feuerwehr/Abschlussbericht_der_AG_FF_Sachsen_2020.pdf).

Traumatisierten Opfern stärker helfen

In dem gemeinsamen Antrag „Effektive und vernetzte Hilfe für traumatisierte Opfer ermöglichen!“ haben sich die Koalitionsfraktionen für eine bessere Unterstützung traumatisierter Opfer von körperlicher oder seelischer Gewalt ausgesprochen.

In der Debatte sprach sich die CDU-Fraktion für eine stärkere Durchsetzung des Schutzes von Opfern von Straftaten, Unfällen oder Krankheiten durch den Ausbau eines flächendeckenden Opferhilfenetzwerks und Traumaambulanzen aus.

Bei Gewaltdelikten liegt das Risiko bleibender psychischer Schäden bei über 50 Prozent. Obwohl das Zeitfenster für eine Behandlung der Folgen wichtig ist, liegt die Wartezeit für eine nachhaltige psychosoziale Nachsorge derzeit bei mehreren Monaten bis hin zu einem halben Jahr. Folgen wie Schreckhaftigkeit, Albträume oder auch Angstzustände sorgen oftmals für eine dauerhafte Einschränkung im Leben. Nur eine zeitnahe Versorgung der Betroffenen durch Traumaambulanzen verringert die Wahrscheinlichkeit der Ausbildung einer posttraumatischen Belastungsstörung. Werden Traumata innerhalb von zwei Wochen behandelt, vermindert sich das Risiko dauerhafter Schäden um über 50 Prozent.

Mehr Wettbewerb für die Schiene

Mit dem gemeinsamen Antrag „Für mehr Wettbewerb auf der Schiene“ setzen sich die Fraktionen von CDU und FDP für die Interessen der Bahnkunden ein.

Die Trennung von Netz und Betrieb der Deutschen Bahn AG erzeugt mehr Wettbewerb auf der Schiene. Zusätzlich werden die Chancengleichheit bei der Sicherung auskömmlicher und wettbewerbsfördernder Trassenpreise für die Deutsche Bahn AG und die übrigen privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen in Deutschland verbessert. Die CDU-Fraktion setzt sich dabei für die Trennung von Netz und Betrieb der Deutschen Bahn AG auf Bundesebene ein. Zudem sollen die Angebote von Privatanbietern mehr Berücksichtigung bei der Preisbildung der Deutschen Bahn AG finden.

Durch die Trennung werden ein stärkerer Wettbewerb um die Verkehrsverträge im Personennahverkehr und stabile Bahnpreise ermöglicht. Durch die Entschärfung der Marktsituation werden die Interessen der Bahnkunden besser geschützt. Mehr Wettbewerb erzeugt einerseits eine solide Fahrzeugfinanzierung und trägt andererseits zur Qualitätssteigerung im Bahnbetrieb bei. Zugleich könnte mit der Trennung eine Angleichung an den Schienenverkehrsmarkt in anderen europäischen Ländern erfolgen.

Bei den Prohliser Spatzen - Perspektivwechsel in einer Integrations-Kita

Zum mittlerweile fünften Mal habe ich am Perspektivwechsel teilgenommen und einen Tag in einer sozialen Einrichtung (mit)gearbeitet. Diesmal hatte sich für mich die Liga der Wohlfahrtsverbände die Integrations-Kita „Prohliser Spatzen-nest“ ausgesucht. Schon mit dem Bau des Neubaugebietes entstand auch der Kita-Standort. Mittlerweile wird die Einrichtung durch den Verbund Sozialpädagogischer Projekte betrieben und seit wenigen Jahren können die Kinder ein neu gebautes und modernes Haus ihr eigen nennen.

Punkt 8 Uhr war für mich „Dienstbeginn“ und ich durfte einen kompletten Kindergarten tag in der „Eichhörnchengruppe“ miterleben. Vom gemeinsamen Malen und Basteln, dem Mittagessen und der Mittagsruhe bis zum ausgiebigen Spielen und Toben im Außenbereich. Die Zeit bis 16 Uhr gehörte nicht nur den Kindern, sondern auch dem Gespräch mit den Erziehern.

Es war ein interessanter, abwechslungs- und aufschlussreicher Tag. Ich habe große Anerkennung vor der Arbeit der Erzieher, die immer den schwieriger Spagat meistern müssen, einerseits alle Kinder im Blick zu haben und andererseits jedem einzelnen Kind die individuelle Förderung zukommen zu lassen,

die es braucht. Dies gilt umso mehr bei Kindern mit Integrationsbedarf und stellt sich in einem Einzugsgebiet wie Prohlis, wo die Kinder mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen in die Kita kommen, als besondere Herausforderung dar. Auch durch diesen Tag vor Ort wurde mir wieder deutlich, dass wir daran arbeiten müssen, dass Erzieher zukünftig mehr Zeit für die Arbeit mit den Kindern bekommen.



Abschließend gilt mein Dank den Mitarbeitern aus dem „Spatzen-nest“ für ihr herzliches Willkommen und die angenehmen Gespräche. Wenn auch im kommenden Jahr wieder ein „Perspektivwechsel“ ansteht, dann bin ich gern dabei – dann zum sechsten Mal.

Sanierung der Bismarckstraße kann beginnen

Die Bismarckstraße ist seit Jahren in einem schlechten Zustand, insbesondere im Abschnitt zwischen der Brücke über den Niedersiedlitzer Flutgraben und dem Langen Weg. Deshalb plante die Stadt hier mit Mitteln der Wirtschaftsförderung und mit EU-Fördergeldern eine grundlegende Sanierung. Zusätzlich sollten die Straßen Am Feld, Kleine Straße, Sosaer Straße und Saydaer Weg erneuert werden, um das dortige Gewerbegebiet besser zu erschließen und zu entwickeln. Die Realisierung der Baumaßnahmen war für das Frühjahr 2014 angekündigt.

Im Mai 2014 berichtete eine Zeitung, dass die Stadt die Planungen wegen einer unklaren Finanzierung gestoppt habe. Diesen Artikel, der auch viele Gewerbetreibende entlang der Bismarckstraße alarmiert hat, habe ich zum Anlass genommen, mich an die Stadtverwaltung zu wenden und um Unter-richtung zum Sachstand zu bitten.

Nach der nun vorliegenden Antwort von Bürgermeister Hilbert konnten die Unklarheiten hinsichtlich der beantragten EU-Fördermittel beseitigt und das Projekt als förderfähig ein-

gestuft werden. Der entsprechende Zuwendungsbescheid wird in diesen Tagen bei der Stadt erwartet. Nach einer Anpassung der bisherigen Zeitschiene soll der Baubeginn noch in diesem Jahr erfolgen. Das wäre wünschenswert, denn der Zustand der Straße macht dies längst überfällig.